

Einflussnahmen der extremen Rechten auf die Soziale Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern

Christine Krüger, Christoph Gille & Júlia Wéber

Zusammenfassung: Sowohl in Deutschland als auch in ganz Europa ist seit einigen Jahren ein wachsender Trend zu autoritären, demokratie- und menschenfeindlichen Denk- und Handlungsweisen zu verzeichnen. Trotz einer angenommenen hohen Sensibilität gegenüber solchen Positionen ist eine Einflussnahme auch auf die Soziale Arbeit und ihre Akteure nicht ausgeschlossen. Die Studie „Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit in MV“ (Laufzeit 06/2020–07/2021) untersucht die Versuche der Einflussnahme extrem rechter Diskurse und Akteure auf die bzw. innerhalb der Sozialen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern systematisch mithilfe eines Mixed-Methods-Ansatzes. Der Artikel stellt die Ergebnisse der Studie sowie ihre methodische Umsetzung dar und analysiert die empirischen Zugänge und methodischen Möglichkeiten der Wissenschaft Sozialer Arbeit in Hinblick auf eigene Beiträge zur Rechtsextremismusforschung.

Schlüsselwörter: Extrem rechte Einflussnahmen, Professionsentwicklung Sozialer Arbeit, Rechtsextremismusforschung in der Sozialen Arbeit

Title: Influences of the far right on social work in Mecklenburg-Western Pomerania

Summary: Both in Germany and throughout Europe, there has been a growing trend towards authoritarian, anti-democratic and anti-human ways of thinking and acting for some years now. Despite an assumed high sensitivity towards such positions, an influence on social work and its professionals cannot be ruled out. The study „The far right in social work in Mecklenburg-Western Pomerania“ (06/2020–07/2021) systematically investigates the attempts of far right discourses and actions to influence social work in Mecklenburg-Western Pomerania using a mixed methods approach. The article presents the results of the study as well as its methodological implementation. Furthermore, it analyses the empirical approaches and methodological possibilities of social work with regard to its own contributions to right-wing extremism research.

Keywords: influences of the far right, professional development of social work, research on right-wing extremism in social work

Die extreme Rechte erfährt eine neue Aufmerksamkeit in der Sozialen Arbeit. Derzeit erscheinen verschiedene Fachzeitschriften der Disziplin mit entsprechender Schwerpunktsetzung, Sammelbände sowie Herausgaben von Wohlfahrtsverbänden, die das Thema für die Profession strukturieren. Vor dieser neuen Aufmerksamkeit für die extreme Rechte wurden vereinzelt Analysen bestimmter Aspekte extrem rechter Phänomene und ihrer Bedeutung in der Sozialen Arbeit vorgenommen, z.B. von Grigori und Trebing (2019), Lehnert und Radvan (2016) und früh von Scherr und Bitzan (2007). In den letzten Jahren werden umfassendere empirische Untersuchungen zu den Einflussnahmen der extremen Rechte auf die Soziale Arbeit umgesetzt. Dazu zählen die Arbeiten von Schuhmacher, Schwerthelm und Zimmermann (2021) mit ihrem Fokus auf politische Interventionen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die Untersuchung von Besche (2022) über die Einstellungen von Studierenden der Sozialen Arbeit mit Fokus auf extrem rechte Haltungen sowie die Arbeit der Forschungsgruppe rund um Hafener (Hafener et al. 2021), die die parlamentarischen Aktivitäten der AfD im Feld der Kinder- und Jugendarbeit auf der Länder- und Bundesebene untersucht. Eine erste empirische Untersuchung zum Vorkommen und den Formen extrem rechter Einflussnahmen in allen Feldern der Sozialen Arbeit legen Gille und Jagusch (2019) für Nordrhein-Westfalen (NRW) vor. An diese Arbeit schließt die hier vorgestellte Studie inhaltlich und forschungsmethodisch an. Die Untersuchung mit Fokus auf Mecklenburg-Vorpommern (MV) liefert dezidierte Befunde zu den Land- und Einflussnahmen im Kontext des ländlich geprägten Raums. Die Studie ermöglicht zudem fundierte Erkenntnisse aus dem Vergleich beider Bundesländer (dazu insbesondere Gille et al. 2022).

Der vorliegende Artikel stellt zunächst das Erkenntnisinteresse der Studie in MV sowie ihre methodische Umsetzung und zentralen Befunde dar. Anschließend gibt er einen Ausblick auf die Anknüpfungspunkte der Studie im Hinblick auf eigene Beiträge der Sozialen Arbeit zur Rechtsextremismusforschung in Deutschland.

1 Extrem rechte Einflussnahmen empirisch fassen: Erkenntnisinteresse, Fragestellung und methodisches Vorgehen

Sowohl in Deutschland als auch in ganz Europa ist seit einigen Jahren ein wachsender Trend zu autoritären, demokratie- und menschenfeindlichen Denk- und Handlungsweisen zu verzeichnen. Trotz einer angenommenen hohen Sensibilität gegenüber solchen Positionen lässt sich eine Einflussnahme auf die Soziale Arbeit und ihre Akteure nicht ausschließen, zumal das Verhältnis der Profession zum Rechtsextremismus uneindeutig ist, hat sie selbst an der Durchsetzung autoritärer Gesellschaftskonzeptionen bis in die Gegenwart mitgewirkt und sich schuldig gemacht (z. B. Kunstreich 2019). Da Soziale Arbeit zudem stets in gesellschaftlichen Diskursen verankert ist, stellt sich die Frage, ob sich das Erstarken rechter Positionen ebenso in ihren Angeboten zeigt und wenn ja, in welchen Formen dies erkennbar wird. Zwei Leitfragen stehen daher im Mittelpunkt der Untersuchung: *Inwieweit lassen sich Einflussnahmen der extremen Rechten auf die und in der Sozialen Arbeit feststellen?* und *Welche Formen nehmen diese Einflussnahmen an?*

In dieser Studie wird die extreme Rechte als Sammelbegriff für verschiedene ideologische Strömungen verwendet, in deren Mittelpunkt die Annahme steht, dass „soziale Hierarchien

unausweichlich, natürlich oder erstrebenswert sind“ (Virchow 2018: 35). Darin eingeschlossen sind zunächst solche Ideologien, die von der kulturellen Homogenität bestimmter Gruppen ausgehen und einen dynamischen Kulturbegriff ablehnen, wie sie von der Neuen Rechten verfolgt werden (vgl. z. B. Schellhöf 2018; Zorn 2018). Daneben gehören auch solche Phänomene hinzu, die explizit demokratiefeindlich sind und von staatlichen Akteuren als „rechtsextremistisch“ eingestuft werden (bspw. in den Verfassungsschutzberichten der Länder) (zur Kritik am Begriff *rechtsextremistisch* siehe Hufer 2018: 10–12): Gewaltförmige Aktionen und die Legitimation von Gewalt finden sich als Kennzeichen einiger dieser Gruppierungen, z. B. im Kontext von völkischen, neonazistischen oder kameradschaftlichen Gruppierungen (ausführlich siehe MIE 2020). Schließlich zählen ebenso rechtspopulistische Ideologien dazu, die nicht nur zwischen dem vermeintlich ‚Eigenen‘ und ‚Fremden‘, sondern auch zwischen einem vorgestellten ‚oben‘ und ‚unten‘ unterscheiden und sich als Vertretungen eines ‚wahren Volkswillens‘ inszenieren. Auch solche Denkweisen und Praktiken stellen sich gegen die Pluralität von Gesellschaft und legitimieren Ausschlüsse, die autoritär durchgesetzt werden sollen.

Die Untersuchung in MV ist an die Forschungsmethodik der Studie zur Neuen Rechten in der Sozialen Arbeit in Nordrhein-Westfalen angelehnt (Gille/Jagusch 2019), die die ersten breiten systematischen Erkenntnisse auf die Forschungsfragen liefert. Im Sinne eines Mixed-Methods-Ansatzes umfasste die Erhebung drei Bausteine¹:

In einem *ersten Baustein* wurden Fachkräfte² in allen Landkreisen und in unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit in MV im Sommer 2020 mittels einer Online-Befragung (Limesurvey) zu ihren Einschätzungen zu Land- und Einflussnahmen der extremen Rechten in der Sozialen Arbeit befragt. Für die Einschätzungen und Beobachtungen war es unerheblich, in welcher Position die Fachkräfte innerhalb der Projekte, Träger oder Organisationen tätig waren. Im Vorfeld der Online-Erhebung wurden die Trägerstrukturen Sozialer Arbeit in MV mittels einer umfangreichen Recherche systematisch erfasst. Die Datenbank umfasste 864 Einträge zu einzelnen Fachkräften und Einrichtungen aus den sechs Landkreisen und zwei kreisfreien Städten im Bundesland. Die Fachkräfte und Einrichtungen wurden mit der Bitte angeschrieben, an der Online-Befragung teilzunehmen und die Umfrage im Schneeballprinzip an andere interessierte Kolleg*innen weiterzuleiten. Der Online-Fragebogen wurde von 406 Fachkräften beantwortet. Davon wurden 252 ausgefüllte Fragebögen, die die Kriterien der Beantwortung von Kernfragen und Vollständigkeit erfüllten, in das Sample aufgenommen.

In einem *zweiten Baustein* wurden leitfadengestützte Expert*inneninterviews mit Fachkräften in einem kontrastierenden Sample aus verschiedenen Landkreisen und Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit in MV geführt. Dazu wurden vorwiegend Personen herangezogen, die sich im Online-Fragebogen zu einem vertiefenden Interview bereit erklärt hatten. Um ein differenziertes Bild über alle Landkreise, städtische und dörfliche Strukturen und verschiedene Handlungs- und Arbeitsfelder zu erhalten, wurden zudem gezielt Personen angefragt, die in bestimmten Landkreisen, Regionen und Handlungsfeldern tätig waren. Durch die episodischen Schilderungen der 21 Interviews konnten vertiefte Beobachtungen sowie Einschätz-

1 Die gesamte Studie mit ausführlicheren Darstellungen des methodischen Vorgehens und der Ergebnisse findet sich in Gille/Krüger/Wéber 2022.

2 Als Fachkräfte werden Personen verstanden, die professionell in den Handlungs- und Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit tätig sind. Dies ist unabhängig davon, ob sie eine formale Qualifikation in der Sozialen Arbeit haben. Aus der Befragung ausgenommen waren Ehrenamtliche.

zungen zu Themen, Charakteristika und Mustern der Einflussnahmen aus der Perspektive der professionellen Praktiker*innen gewonnen werden.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Interviews telefonisch geführt und aufgezeichnet. Retrospektiv erweisen sich die Telefoninterviews als methodisch sehr gut geeignet, da sich die Interviewten durch den fehlenden persönlichen direkten Kontakt primär auf die zu gebenden Antworten und weniger auf die nonverbalen Elemente, die in Face-to-Face-Interviews relevant werden können, fokussierten (vgl. Gläser/Laudel 2006). Die telefonische Interviewführung ermöglichte ein gewisses Maß an Anonymität, indem die Interviewten selbst nicht sichtbar waren und sie an den Interviews zumeist aus dem Homeoffice ohne Ablenkungen bzw. Unterbrechungen im Arbeitsumfeld oder unerwünschte Zuhörer*innen teilnehmen konnten. In den Interviews berichten die Fachkräfte sowohl von Vorfällen, die sie persönlich erlebt haben, als auch von solchen, die ihnen z. B. von Dritten oder aus der Presse bekannt sind. Die in den Interviews und in den Fragebögen genannten Vorkommnisse wurden, wenn sie öffentlichen Charakter hatten, weiter recherchiert und inhaltlich geprüft, bevor sie in die Auswertung aufgenommen wurden.

Der *dritte Baustein* umfasste eine Dokumentenanalyse der parlamentarischen Aktivitäten der Alternative für Deutschland (AfD) im Landtag von MV. Hier wurden 90 Dokumente ausgewertet (vorwiegend Kleine Anfragen, daneben einige Anhörungen und eine Große Anfrage), die im Zeitraum zwischen 2017 und 2020 veröffentlicht wurden und dem Themenfeld Sozialer Arbeit zugerechnet werden können. Diese Analyse wurde von Judith Rahner durchgeführt, Leiterin der Fachstelle Gender, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus der Amadeu-Antonio-Stiftung.

Die in den drei Bausteinen gewonnenen textförmigen Daten wurden in einem inhaltsanalytischen Verfahren explizierend und strukturierend ausgewertet (vgl. Mayring 2016: 115). Das bedeutet, dass die Einschätzungen in den Fragebögen und die Antworten auf offene Fragen in der Online-Befragung ebenso in die Entwicklung von Ergebnissen einbezogen wurden wie die Auswertungen der Interviews und spezifische Erkenntnisse aus der Dokumentenanalyse, z. B. zu einzelnen Vorkommnissen. Die in Fragebogen und Interviewleitfaden angelegten deduktiven Kategorien (eigene Angebote der extremen Rechten, externe Einflussnahmen und interne Praktiken) wurden aus der NRW-Studie (Gille/Jagusch 2019) übernommen. Dabei wurden die Ergebnisse zu Formen der Einflussnahme aus der Forschung in NRW verifiziert, erweitert und modifiziert. Innerhalb der drei Kategorien der Einflussnahmen wurden induktiv Varianten gebildet, die spezifische Ausprägungen zeigen.

Zum regionalen Kontext

Da jedes Bundesland, so auch MV, spezifische sozialräumliche Kontexte aufweist, ist es sinnvoll, auf zentrale Charakteristika des Landes kurz einzugehen, vor deren Hintergrund die Forschungsergebnisse eingeordnet werden sollen. Mit 69 Einwohner*innen je Quadratkilometer ist Mecklenburg-Vorpommern das Land mit der geringsten Bevölkerungsdichte im Bundesländervergleich. In den ländlichen Gebieten nimmt diese Dichte weiter drastisch ab (44 Einw./km², vgl. StatA MV 2021: 24). Zudem ist der demografische Wandel im Bundesland seit der politischen Wende eindrucklich. Durch Abwanderung und Veränderung des Geburtenverhaltens im Zuge des sogenannten „Wende- und Geburtenschocks“ ging die Bevölkerung seit 1989 um knapp 300.000 Personen zurück. Somit gehörte MV auch innerhalb

der EU zu den Regionen mit dem stärksten Einwohner*innenrückgang. Der Zuzug in manche Städte und Regionen konnte diesen Trend kaum aufhalten: Es bleibt davon auszugehen, dass aufgrund des demografischen Wandels die Zahl der Einwohner*innen weiter zurückgehen wird (vgl. Landesregierung MV 2016).

Die politischen und demografischen Entwicklungen haben Auswirkungen auf die (soziale) Infrastruktur des Landes, die eine enorme Transformation erlebt hat. Nach der Neugründung des Bundeslandes 1990 zählte es 37 Landkreise und sechs kreisfreie Städte sowie 1.118 Gemeinden. Nach mehreren Gebietsreformen und als Antwort auf den stetigen Bevölkerungsrückgang seit 1991 wurden die Kreise 2011 von 18 auf acht reduziert: Neben Schwerin und Rostock sind sechs Landkreise entstanden; Gerichte, Schulen, Landesämter und andere Versorgungseinrichtungen wurden zentralisiert (vgl. Klüter 2018) und die Erreichbarkeit des nächsten Landratsamtes hat sich in etwa der Hälfte der Regionen verschlechtert (vgl. Lübbert 2021). Rösel und Sonnenburg (2016) weisen in diesem Zusammenhang auf eine sinkende Wahlbeteiligung der Bevölkerung in stark fusionierten Gebieten und auf die Wahlerfolge der AfD bei Landtagswahlen hin. Es seien die Entfremdung weiter Teile der Bevölkerung mit der Kreisverwaltung sowie die Wahrnehmung eingeschränkter Einflussmöglichkeiten im ländlichen Raum, die insgesamt zu einer Unzufriedenheit mit demokratischen Strukturen führten.

Neben den parteipolitischen Formationen und ihren Erfolgen (die NPD war von 2006 bis 2016 mit 7,3 bzw. 6,0 % der Stimmen im Landtag vertreten, die AfD konnte 2016 20,8 und 2021 16,7 % der Zweitstimmen auf sich vereinen) findet sich in MV eine hohe Anzahl heterogener und regional differenzierter Gruppierungen, die von Reichsbürger*innen, extrem rechten Burschenschaften und Prepper*innen, Artaman*innen, völkischen Siedler*innen bis hin zu Neonazi-Gruppierungen und rechtsextremen Kameradschaften reichen (MIE 2020). Aufgrund dieser vielgestaltigen, äußerst aktiven und subkulturell orientierten Szene wird MV von Fachkräften in der Demokratieförderung als „Experimentierfeld der extremen Rechten“ (Trepzdorf 2017) gedeutet. Die sozioökonomischen Bedingungen, beispielsweise niedrige Immobilienpreise in sehr ländlichen Regionen, schwach ausgeprägte Verwaltungsstrukturen und Lücken innerhalb der sozialen Infrastruktur, ergeben vielerorts günstige Konstellationen, eigene Angebote im extrem rechten Spektrum zu etablieren.

2 Zentrale Befunde der Untersuchung

Die empirischen Daten belegen eindrücklich, dass die Soziale Arbeit nicht frei ist von extrem rechten Einflussnahmen. Dies wird sowohl anhand der Befunde der Fragebögen als auch aus den Befunden der Expert*inneninterviews deutlich. Diese Einflussnahmen umfassen eine weite Bandbreite von subtileren Einflüssen bis hin zu manifesten Bedrohungen und gewaltvollen Angriffen. Die Darstellung der Ergebnisse beginnt mit einer Übersicht darüber, welche Fachkräfte mit der Online-Befragung erreicht wurden und welche Einschätzungen sich zu den Einflussnahmen bei ihnen finden (2.1), stellen dann die Bedeutung des Alltags mit der extremen Rechten vor (2.2), um schließlich die einzelnen gefundenen Formen der Einflussnahme zu benennen (2.3). Aus diesen Übersichten geht also die Beantwortung der eingangs

gestellten Fragen hervor, dass extrem rechte Einflussnahmen in der Sozialen Arbeit existieren als auch in welchen Formen und Varianten sie zutage treten.

2.1 Einflussnahmen der extremen Rechten in Regionen und Einrichtungen

Die Personen, die an der Fragebogenerhebung teilgenommen haben und deren Antworten in die Auswertung eingeflossen sind, bilden ein breites Spektrum an Organisationen und Handlungsfeldern Sozialer Arbeit in MV ab. Von den 252 Befragten geben 23 % an, für einen öffentlichen Träger zu arbeiten, 71 % sind bei einem freien Träger tätig. Von den freien Trägern befinden sich 24 % in kirchlicher Trägerschaft, 21 % in nicht-konfessioneller Trägerschaft, 47 % in anderer frei-gemeinnütziger Trägerschaft sowie 8 % in frei-gewerblicher Trägerschaft.

Um ein differenziertes Bild der Arbeitsfelder der teilnehmenden Sozialarbeitenden zu erhalten, wurden diese nach ihren Handlungs-, Arbeits- und Tätigkeitsfeldern gefragt (vgl. Farrenberg/Schulz 2020). Um die Arbeitsrealität vieler Träger abzubilden, die verschiedene Handlungs- bzw. Arbeitsfelder innerhalb der Sozialen Arbeit bedienen, wurde die Möglichkeit der Mehrfachnennung gegeben. Bei der Zuordnung der eigenen Tätigkeit zu Feldern und Bereichen, die von mehr als 15 % der Befragten benannt wurden, wurden Mehrfachnennungen berücksichtigt. Am häufigsten erfolgt die Einordnung in das Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe (44 %) sowie in seine Arbeits- und Tätigkeitsfelder wie die Jugendsozialarbeit (35 %) oder die offene Kinder- und Jugendarbeit (32 %). In den Handlungsfeldern Ausbildung und Arbeitsmarkt (17%), Freiwilliges Engagement und Freiwilligendienste (17%) sowie Ambulante Kinder- und Jugendhilfe (18%) erfolgten die wenigsten Zuordnungen, während Soziale Hilfen in prekären Lebenslagen (21%), Betreuung (22%), Flucht und Migration (29%) und Schule (31%) eher das Mittelfeld bildeten.

Des Weiteren wurden die Fachkräfte nach ihrer Einschätzung der Größe des Ortes ihrer Einrichtungen gefragt, in denen sie tätig sind.

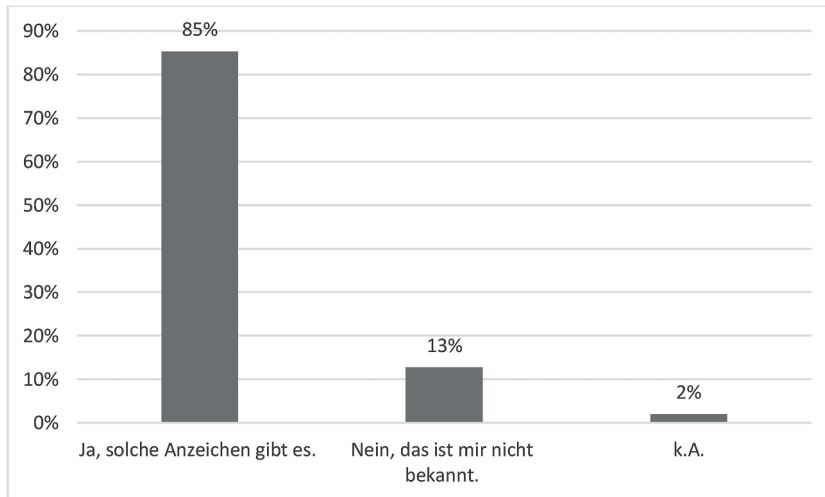
Obwohl MV insbesondere durch seine ländlichen Gebiete geprägt ist, verortet etwas mehr als die Hälfte der Befragten (56 %) ihren jeweiligen Träger in Städten mit über 50.000 Einwohner*innen, gefolgt von dem Sitz der Träger in Städten zwischen 10.000 bis 50.000 Einwohner*innen (20 %) sowie Kleinstädten (10 %).³ Es sind 10 % der Befragten, die den Träger in einem Dorf bzw. ländlich strukturierten Gebieten verortet. In dieser Verteilung bildet sich die überwiegend urbane Zentrierung der Träger der Sozialen Arbeit in MV ab, die auf eine eingeschränkte Reichweite der Angebote in den ländlichen Regionen des Bundeslandes schließen lässt.

Nach diesen Angaben zu den Einrichtungen wurden die Fachkräfte zunächst allgemein danach gefragt, ob ihnen extrem rechte Aktivitäten in der Region bekannt sind und wie sie diese einschätzen. Im Anschluss wurden sie gebeten, das Bewusstsein über extrem rechte Aktivitäten in den Regionen und in ihren Einrichtungen einzuschätzen und schließlich nach Antworten auf diese Aktivitäten gefragt (Abbildung 1).

In allen Landkreisen MVs erkennt eine hohe Anzahl der befragten Fachkräfte der Sozialen Arbeit Anzeichen extrem rechter Aktivitäten und deutet sie als wachsendes Problem. Die große Mehrheit der befragten Fachkräfte (85 %) nimmt in ihrer Region Anzeichen für

3 An dieser Stelle sei erwähnt, dass in Mecklenburg-Vorpommern lediglich die Hansestadt Rostock über 200.000 Einwohner*innen verfügt, während die Landeshauptstadt Schwerin knapp 96.000 Einwohner*innen hat.

Abbildung 1: Anzeichen neurechter/rechtsextremer Aktivitäten in der Region (n=252)



neurechte bzw. rechtsextreme Aktivitäten wahr. 44 % der Fachkräfte geben an, dass sie in den letzten zehn Jahren einen Anstieg solcher Aktivitäten beobachtete, 27 % der Befragten geben an, dass die Anzahl der Aktivitäten gleich geblieben ist und lediglich 6 % haben sich für eine Abnahme von Aktivitäten ausgesprochen.

Gefragt nach den Anzeichen neurechter/rechtsextremer Anzeichen werden vielfältige Ausprägungen deutlich (Abbildung 2, Mehrfachnennung möglich). Bemerkenswert sind hier die massiven Formen der Anzeichen extrem rechter Aktivitäten wie verbale Anfeindungen und Bedrohungen (51 %), gewaltsame Übergriffe auf Personen (31 %) sowie Sachbeschädigungen (32 %). Etablierte extrem rechte Szenen werden immerhin von 27 % der Befragten angegeben. Die wichtigsten Gruppen, von denen solchen Aktivitäten in den Einschätzungen ausgehen, sind Erwachsene (80 %) sowie einzelne Parteien (46 %), Politiker*innen (38 %) und Ideolog*innen (33 %).

Während die Fachkräfte in ihren Regionen nur mit 6 % ein „sehr deutliches“ und mit 22 % ein „deutliches“ Bewusstsein für die extreme Rechte ausmachen, konstatieren sie ihren Einrichtungen mit 28 % ein „sehr deutliches“ und mit 29 % ein „deutliches“ Bewusstsein (Abbildung 3). Die Fachkräfte bescheinigen ihren Einrichtungen also insgesamt ein höheres Bewusstsein für extrem rechte Aktivitäten als den Regionen, in denen sie tätig sind.

Das Bewusstsein für extrem rechte Aktivitäten zeigt sich in den Einrichtungen insbesondere durch interkollegialen Austausch (67 %) sowie durch das Eintreten gegen Rechtsextremismus bei der täglichen Arbeit (51 %) und damit in stärker informellen Räumen. Trotz der Bedeutung, die die Fachkräfte der extremen Rechten in ihren Regionen zusprechen und einer zumindest in den Einrichtungen wahrgenommenen Sensibilität für das Thema, finden stärker institutionalisierte Reaktionen nur selten statt. Öffentliche und institutionalisierte Antworten fallen deutlich hinter die informellen Formen zurück: Veranstaltung von und Teilnahme an Fortbildungen (31 %), öffentliches Eintreten gegen die extreme Rechte (25 %) sowie Veranstaltungen von Aktionen und Projekten gegen extrem rechts (20 %) werden von deutlich weniger Befragten genannt. Dass auf das Vorkommen der extremen Rechten häufig nicht-institutionalisiert geantwortet wird, zeigt sich ebenfalls in den Angaben, die die Be-

Abbildung 2: Anzeichen neurechter/rechtsextremer Aktivitäten (n=252, Mehrfachantworten möglich)

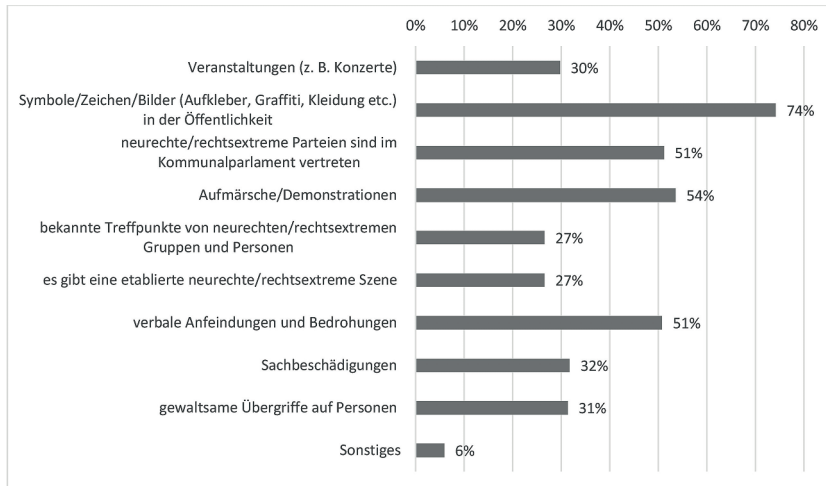
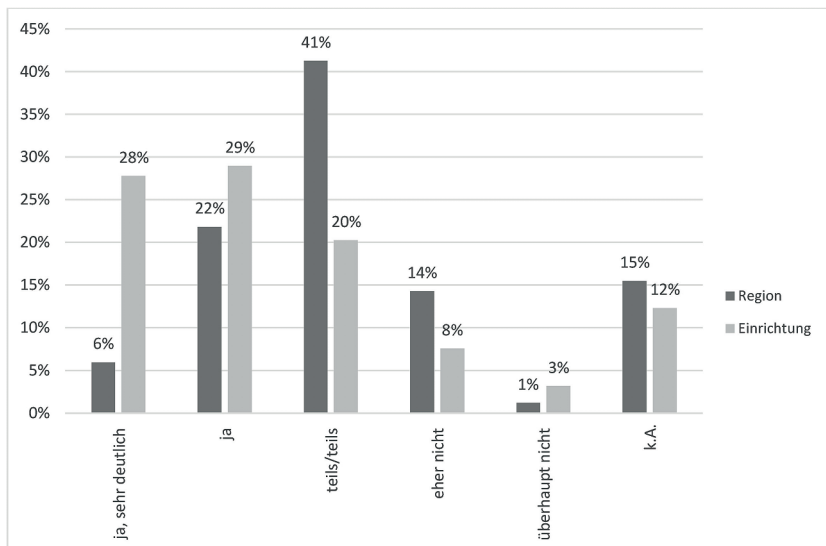


Abbildung 3: Bewusstsein für die extreme Rechte in der Region und in den Einrichtungen der Sozialen Arbeit (n=252)

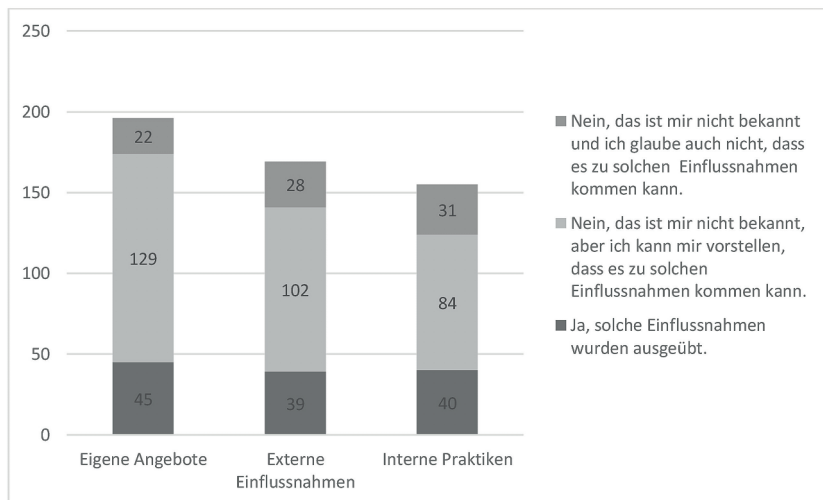


fragten zu regionalen Aktivitäten gegen extrem Rechte machen. Während 58 % allgemeines zivilgesellschaftliches Engagement angeben, sind es nur noch 32 % der Befragten, die Infoveranstaltungen nennen und 43 %, die Projekte gegen rechts anführen.

Zentral für die Studie sind die Angaben, die die Fachkräfte zu ihren Kenntnissen über Einflussnahmen der extremen Rechten in der Sozialen Arbeit machen. Abbildung 4 gibt eine Übersicht über die Antworten auf die Fragen, ob den Fachkräften „eigene Angebote“ der extremen Rechten bekannt sind, die sich der Sozialen Arbeit zurechnen lassen könnten, ob sie

„externe Einflussnahmen“ auf etablierte Träger und Angebote Sozialer Arbeit kennen oder von „internen Praktiken“ innerhalb etablierter Träger und Angebote Sozialer Arbeit wissen.

Abbildung 4: Land- und Einflussnahmen der extremen Rechten (Anzahl, n=252)



Es sind 45 der 252 Befragten, denen eigene Angebote der extremen Rechten bekannt sind, die sich der Sozialen Arbeit zurechnen lassen können. Einflussnahmeversuche von außen auf etablierte Angebote der Sozialen Arbeit werden durch 39 Fachkräfte, Einflussnahmen innerhalb der Sozialen Arbeit von 40 Fachkräften festgestellt. Die Formen dieser Einflussnahmen werden in 2.3 vertieft.

Schließlich lässt sich ein hohes Problembewusstsein der Fachkräfte erkennen. Ein Großteil der Fachkräfte geht davon aus, dass Einflussnahmen der extremen Rechten in der Sozialen Arbeit vorkommen können, auch wenn sie ihnen persönlich nicht bekannt sind. Nur eine Minderheit verneint die jeweilige Annahme – ein deutlicher Unterschied zu den Ergebnissen in NRW, wo der Anteil der Fachkräfte, die Einflussnahmen für möglich halten, deutlich niedriger lag (vgl. Gille/Jagusch 2019: 44). Die Fachkräfte in Mecklenburg-Vorpommern schätzen die Möglichkeit der Einflussnahme damit realistischer ein als die Kolleg*innen in Nordrhein-Westfalen.

2.2 Die Alltäglichkeit der extremen Rechten

Bereits die bisher diskutierten Befunde der Auswertung zeigen, dass extrem rechte Aktivitäten sowohl in allen Regionen als auch in zahlreichen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit von einem erheblichen Anteil der Befragten festgestellt werden. Die hohe Bedeutung dieser Aktivitäten wird auch in den Interviews deutlich: Extrem rechte Symbole, Praktiken und Akteure sind für die Fachkräfte zu einem selbstverständlichen Teil ihres Alltags geworden. Sie prägen die Aufsichtung von Zeit, Raum und sozialen Bezügen, in denen die Fachkräfte ihren persönlichen Alltag erleben und gestalten.

Zeitlich wird deutlich, dass die Fachkräfte von einer großen Kontinuität extrem rechter Aktivitäten ausgehen, wenn sich auch ihre Formen verändert haben. Viele Befragte beziehen sich auf die rechten Szenen der 1990er-Jahre, machen aber gleichzeitig klar, dass sich die Erscheinungsformen verändert haben, wobei Akteure durchaus die Gleichen geblieben sein können. Person G schildert die Verschiebungen folgendermaßen:

„Also ehe wir von der Neuen Rechten gesprochen hatten, hatten wir letztendlich also Jugendliche und junge Erwachsene, die also dem rechten Spektrum in [Name Gemeinde] zuzuordnen waren. Es hatte eine Zeit lang auch eine Ortsgruppe, oder eine Gruppierung im Ort gegeben, die sehr NPD-orientiert war und so auch aufgetreten ist. Seit zwei Jahren beobachte ich, dass diese Gruppe also als Gruppe weder auftritt, noch sichtbar ist. Aber ich weiß, dass einige von denen so subtiler geworden sind. Das heißt also, mit anderen Methoden versuchen in der Gemeinde Einfluss zu nehmen.“ (G 60–67)

Neben der zeitlichen Kontinuität sind es die zahlreichen Praktiken im öffentlichen Raum, die in den Fragebögen und den Interviews immer wieder zur Sprache kommen. Dazu zählen u. a. die Demonstrationen und Aktionen, die sich auf historische Ereignisse beziehen und in denen geschichtsrevisionistische oder völkische Ideologien sichtbar werden, z. B. zum 12. März in Swinemünde, zum Tag der Arbeit in Wismar, zum 8. Mai in Demmin, zum 17. August in Neubrandenburg, zum Tag der Deutschen Einheit in Zarrentin oder in den sogenannten Heldengedenken u. a. in Rostock, Waren oder auf Usedom. Person E berichtet:

„Zum Beispiel wurden dann vorm Rathaus am 20.4., also Adolf Hitlers Geburtstag, wurden dort Reichskriegsflaggen gehisst.“ (E 245)

Häufig wird von solchen Aktivitäten im Sozialraum mit Blick auf gesellschaftliche Institutionen berichtet, zum einen, weil sie selbst Angriffen ausgesetzt sein können, wie z. B. in mehreren Berichten über Angriffe auf Politiker*innen deutlich wird:

„Bei den Kommunalwahlen im letzten Jahr wurde zum Beispiel ein Kandidat, deutscher Kandidat syrischer Herkunft, wurde massiv rassistisch beleidigt und angegriffen und seine Wahlplakate, die in der Stadt waren, die wurden mit Hakenkreuzen oder mit der Kürzel IS beschmiert zum Beispiel. Und diese Person hat bis jetzt, er lebt, glaube ich, seit 40, 30 Jahren hier und er war bis jetzt damit NIE in dieser Form oder in dieser Intensität da konfrontiert.“ (J 582–588)

Zum anderen sind in den Institutionen Akteure der extremen Rechten zu finden. So verweisen Fachkräfte auf die kommunalen Kooperationen von AfD und CDU, z. B. in Penzlin, wo die CDU einem Vertreter der AfD Ausschusssitze sicherte, oder Vertreter*innen der extremen Rechten an Universitäten oder anderen öffentlich bekannten Institutionen.

Schließlich verweisen die Befragten auch in ihren sozialen Bezügen im Alltag immer wieder auf Einzelpersonen oder Gruppierungen hin, denen sie begegnen: Kameradschaften wie die Nationalen Sozialisten Rostock/Aktionsblog, das Freiheitliche Bündnis Güstrow, das Kollektiv Seenplatte, Nordkreuz, die NPD-Parteistrukturen und die Siedlerbewegungen wie die der Ludendorffer oder Artamanen stellen die Basis für lebendige Subkulturen dar, die versuchen, mit symbolischen Landnahmen den öffentlichen Raum einzunehmen. Rechtsextreme, häufig neonazistische Gruppierungen und ihre Aktionen gehören zur Normalität des Alltags, von dem die Fachkräfte berichten, wie hier T:

„[...] und es total normal ist, so einen rechten Lifestyle zu pflegen [...], dass es normal ist, im ländlichen Raum Neonazi zu sein. Das ist nichts Besonderes und auch mit offensichtlicher Kleidung und Tätowierungen rumzurennen. Und das wird den Jugendlichen dann auch gezeigt und es werden auch Angebote dementsprechend gemacht.“ (T 228–230)

Oder Person R, die von einer Anfrage eines Reichsbürgers berichtet:

„Wir haben ja hier auch Reichsbürger, die dann eben ihr Territorium, [lachend] was sie da als Grundstück haben, zur Verfügung stellen und das eben aus den Strukturen herausnehmen wollen, dass sie dann eben ihre freie Republik oder weiß ich, was sie da gründen wollen, da haben.“ (R 431–433)

Solche Bezüge reichen bis in die persönlichen Beziehungen mit Freund*innen und Bekannten. So berichtet U von den Reaktionen von Bekannten auf den Einsatz für einen Geflüchteten:

„Wie kann man nur so bescheuert sein, so was zu machen?“ Oder also, das ist ein Moslem, wie kann man sich nur für einen Moslem einsetzen?‘ Habe gesagt, meine Güte, das ist ein Mensch!‘ Also ich bin ein Mensch, er ist ein Mensch, ne? [...] Aber in bestimmten Kontexten war es etwas, und auf Arbeit zum Beispiel war es etwas, wo ich es überhaupt nicht sagen konnte oder erzählen konnte darüber, weil das total abgewertet wurde“ (U 562–584).

Die alltäglichen Erfahrungen beziehen sich zunächst nicht auf die beruflichen Kontexte, zeigen aber dennoch Auswirkungen im professionellen Kontext. Extrem rechte Symbole, Diskurse, Praktiken und Akteure fließen in die Wissensordnung der Sozialarbeitenden ein und sind Teil der Wirklichkeit, an der Fachkräfte regelmäßig teilnehmen (vgl. Schütz/Luckmann 1975/2003, S. 71–139). Ihre Alltäglichkeit zeigt sich darin, dass extrem rechte Vorfälle wahrgenommen werden, sie werden jedoch nie als vereinzelt oder ungewöhnlich dargestellt: Fachkräfte berichten aus allen Landkreisen über symbolische Aktivitäten wie Graffiti, rechte Demonstrationen und Aufmärsche, aber auch über das Vorhandensein einer sichtbaren und etablierten rechten Szene, über rechte Treffpunkte und gewaltförmige Aktivitäten wie Sachbeschädigungen oder Angriffe auf Personen. Alarmierend ist, dass der Hälfte der an der Befragung teilnehmenden Fachkräfte verbale Anfeindungen und Bedrohungen bekannt sind, etwa einem Drittel gewaltsame Übergriffe auf Personen und dass rund ein Viertel davon ausgeht, dass in seiner/ihrer Region eine etablierte extrem rechte Szene vorhanden ist. Diese Alltäglichkeit der extremen Rechten setzt sich dann im Rahmen der professionellen Tätigkeiten fort. Die Dichte und die Intensität der Einflussnahmen, von denen die Fachkräfte im beruflichen Kontext berichten, sind insbesondere im Vergleich mit den Befunden der NRW-Studie bemerkenswert. In den Interviews gibt es kaum eine Frage, die von den Fachkräften nicht mit einem oder mehreren Beispielen beantwortet wird. Und auch die Formen und einzelnen Beispiele, auf die in 2.3 ausführlicher eingegangen wird, schildern häufig drastische Praktiken, die bis zu gewaltförmigen Aktivitäten reichen.

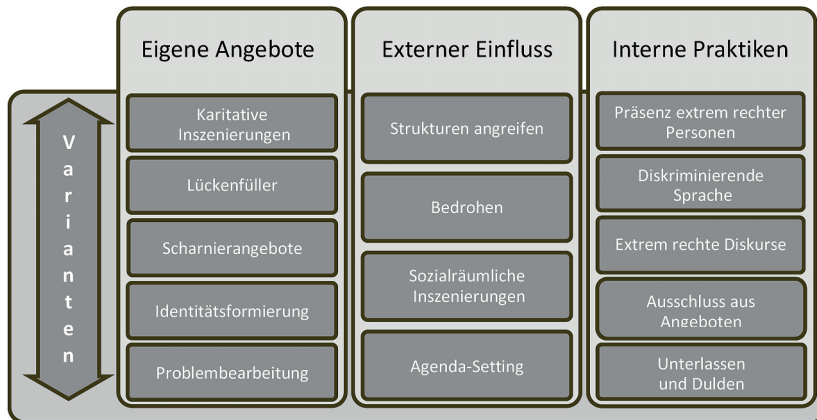
Um die extreme Rechte als Teil des alltäglichen Panoramas zu verstehen, kommt schließlich den ländlichen Strukturen MVs eine besondere Rolle zu. Immer wieder weisen Fachkräfte in den Interviews auf die engen sozialen Bindungen hin, die ihren Sozialraum charakterisieren. Die engen Gemeinschaften, die vielfach geschildert werden, bilden die Basis für Homogenisierungen und Grenzziehungen, durch die ein abgegrenztes ‚Wir‘ und das vermeintlich ‚Andere‘ überhaupt erst konstruiert werden können. In diesem Kontext kann es ein Risiko darstellen, sich deutlich gegen Meinungen von anderen zu positionieren, weil das Bindemittel von Gemeinschaften – gegenseitige Loyalität – infrage gestellt wird.

2.3 Formen der Einflussnahme

Nach der Vorstellung des Panoramas der Alltäglichkeit der extremen Rechten werden nun die konkreten Formen der Einflussnahmen auf die professionelle Soziale Arbeit vorgestellt. Auf Basis des empirischen Materials können die Land- und Einflussnahmen anhand von drei

Kategorien abgebildet werden, die sich in verschiedene Varianten untergliedern lassen (Abbildung 5):

Abbildung 5: Kategorien und Varianten der Land- und Einflussnahme



Bei den **eigenen Angeboten** extrem rechter Akteure können fünf Varianten unterschieden werden. Während die ersten drei Varianten breite Bevölkerungsteile adressieren, spielen sich die letzten beiden in geschlossenen rechtsextremen Szenen ab, die sich als Subkulturen vor der Außenwelt abgrenzen. Die erste Variante bilden *karitative Inszenierungen*. Das zentrale Beispiel für die Variante sind Spendenübergaben, wie sie im Bundesland für Einrichtungen der Jugendhilfe, der Wohnungslosenarbeit und den Überlebenshilfen (Tafeln, Kleiderkammern) gefunden wurden. Die Übergabe von Geld- oder Sachspenden dient im Wesentlichen dem Transport politischer Botschaften und wirkt darauf hin, das Image der spendenden Person oder Gruppe aufzuwerten. Aktionen dieser Art werden medial mit entsprechenden Botschaften inszeniert und insbesondere in den sozialen Medien verbreitet. Obwohl die Bilder das Gegenteil suggerieren, ist eine nachhaltige Bearbeitung sozialer Probleme mit solchen Aktionen nicht verbunden. Die meist unangekündigten und ungebetenen „Gäste“ stellen die Fachkräfte vor ein professionspolitisches Dilemma: Nehmen sie die Spenden an, können sich die entsprechenden Gruppierungen als ‚Kümmerer‘ inszenieren; lehnen sie sie ab, werden sie als Teile des ‚Systems‘ verunglimpft, denen die Bedürftigen ‚egal‘ seien.

Zweitens finden sich vereinzelt *Lückenfüller*-Angebote, in denen extrem rechten Akteur fehlende soziale Infrastruktur nutzen und versuchen, eigene Angebote zu etablieren. Beispiele, die sich im Material finden, sind ein regelmäßiges Fußballtraining und andere Freizeitangebote für Jugendliche sowie ältere Personen. Zwar sind die Angebote zunächst nicht mit politischen Botschaften verbunden, dennoch kann eine politische Absicht nicht ausgeschlossen werden. Bei *Scharnierangeboten* handelt es sich drittens um Aktivitäten, die sowohl aus geschlossenen rechtsextremen Szenen hinaus- als auch in sie hineinreichen. Sie sollen den Eintritt in eine Szene ermöglichen, die durch ein geschlossenes extrem rechtes Weltbild geprägt ist. In der Regel werden breite Bevölkerungsschichten angesprochen, deswegen fokussieren Scharnierangebote Themen, die im vermeintlich gewöhnlichen Alltag verortet sind. Besonders häufig finden sich diese Art von Angeboten an den Schnittstellen von Kultur, Spiel und Geselligkeit. Das Material belegt Angebote wie die Kinderfeste der NPD, Vorträge bei

Burschenschaften in Greifswald und Rostock oder Musikveranstaltungen insbesondere in den zentralen Veranstaltungszentren der extremen Rechten wie dem Thinghaus in Grevesmühlen oder dem Haus Jugendstil in Anklam.

Die beiden Varianten *Identitätsformierung* – Beispiele sind hier Ferienlager und Jahresfeste, die durch verschiedene völkische Gruppierungen veranstaltet werden sowie die erlebnisorientierten Aktionen der Identitären Bewegung – und Angebote der *Problembearbeitung* – wie Sozial- und Prozessberatungen, die innerhalb der Szenen vermittelt und organisiert werden sowie die Strafgefangenenbetreuung – richten sich dagegen auf Personen abgeschirmter Szenen und weisen keinen missionarischen Charakter auf. Diese Angebote zielen im ersten Fall auf die erzieherische Verankerung extrem rechter Ideologien und im zweiten Fall auf Loyalität innerhalb der gefestigten Szenen. Hier geht es zum einen um die Gemeinschaftsbildung innerhalb der jeweiligen Gruppierungen, zum anderen werden sozialarbeiterische Unterstützungsangebote für Personen mit gefestigtem extrem rechten Weltbild angeboten.

Die **externen Einflussnahmen** auf etablierte Angebote Sozialer Arbeit lassen sich in vier Varianten aufteilen. Die Variante *Strukturen angreifen* ist eng mit der institutionalisierten politischen Arena verbunden. In der Auswertung der parlamentarischen Anfragen der AfD im Landtag, aber auch in Beispielen aus der kommunalen bzw. Kreisebene wird deutlich: Die Partei zielt mit der Nutzung der Instrumente der parlamentarischen Opposition u. a. auf die Destabilisierung und öffentliche Vorführung von bestimmten Akteuren der Sozialen Arbeit. So berichtet z. B. Fachkraft E davon, wie Fördermittel ihrer Einrichtung durch die AfD auf Gemeindeebene immer wieder infrage gestellt werden:

„Und das ist natürlich dann für die ANDEREN, also zum Beispiel für Vertreter der Alternative für Deutschland, ist das natürlich so: Wir sind denen ja eigentlich ein Dorn im Auge. Und wenn sie natürlich entscheiden können oder mitentscheiden können, ob wir im nächsten Jahr Geld bekommen, um weiter unsere politische Arbeit zum Beispiel oder unsere Bildungsarbeit leisten zu können, dann stimmen sie natürlich eher gegen uns.“ (E 491–496)

Im Zentrum steht dabei immer wieder die Finanzierung von Angeboten, insbesondere im Feld der Migrationsarbeit, aber auch in anderen Feldern, die an den zentralen Themenkanon der extremen Rechten anschlussfähig sind. Neben der generellen Infragestellung der Finanzierung werden hier auch Anfragen oder Anträge gestellt, die bestimmte Verfahren im Blick haben, etwa die Prüfung der Gemeinnützigkeit.

Unter die Variante *Bedrohen* werden teils offene, teils verdeckte Angriffe auf Klient*innen und Einrichtungen der Sozialen Arbeit gefasst. Die Bedrohungen weisen eine große Bandbreite auf und reichen von anonymen Drohschreiben, der Verzeichnung von Mitarbeiter*innen auf sogenannten Feindes- oder Todeslisten über punktuelle Belagerungen von Einrichtungen durch extrem rechte Akteure bis hin zu physischen Attacken sowohl auf einzelne Mitarbeiter*innen in ihrem privaten Umfeld als auch auf Einrichtungen. Zu den gewaltvollen Angriffen zählen Molotow-, Buttersäure- oder Brandangriffe auf mindestens fünf Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Migrationssozialarbeit und eine große Anzahl ähnlicher Attacken auf Geflüchtetenwohnheime. *Sozialräumliche Inszenierungen* wie Flashmobs, Kundgebungen, Flyer- und Aufkleberaktionen finden entweder verdeckt statt oder können der Jungen Alternative für Deutschland, der Identitären Bewegung, rechten Kameradschaften, den PEGIDA-Ablegern ROGIDA und MVGIDA, den Autonomen Nationalisten, der NPD oder anderen Akteuren zugeschrieben werden. Das breite Spektrum vom *Agenda-Setting* bedient sich einerseits einer als differenziert und eloquent empfundenen Rhetorik,

bspw., wenn Nutzer*innen von Jugendclubs und Freizeiteinrichtungen von extrem rechten Akteuren gezielt und anfangs ohne eindeutige politische Botschaften angesprochen werden oder wenn Elternteile in Kita- und Schulgremien (z. B. Elternbeiräten) bestimmte, z. B. finanzielle oder konzeptionelle Entscheidungen im Sinne völkisch-nationaler Ideologien infrage stellen. Andererseits finden öffentliche, teils digitale, offensive und gezielte Einflussnahmen durch Parteien, Gruppierungen oder einzelne Personen statt. Dann werden einzelne Angebote, z. B. der Jugendarbeit oder der politischen Bildung, etwa im Internet mit einer großen Anzahl von rassistischen oder antidemokratischen Kommentaren versehen.

Interne Praktiken, also Einflussnahmen innerhalb etablierter Angebote Sozialer Arbeit, manifestieren sich in fünf Varianten: Sie zeigen sich in der *Präsenz* einzelner Personen, die extrem rechten Gruppierungen zugeordnet werden und die Angebote und Einrichtungen nutzen können, um diese im Sinne ihrer Ideologie zu unterwandern. Dabei kann es sich um Fachkräfte, Engagierte wie auch Adressat*innen Sozialer Arbeit handeln. Dies gilt für die Fachkraft im Kindergarten, die in der extrem rechten Szene aktiv ist, genauso wie für die Schulsozialarbeiterin, die Verschwörungsmythen offen kommuniziert. Sie haben weitreichende Einflussmöglichkeiten, insbesondere, wenn sie in bestimmten Schlüsselpositionen beschäftigt sind, wie im öffentlichen Dienst oder in pädagogischen Tätigkeitsfeldern. Wo es extrem rechten Personen gelingt, Schlüsselpositionen im öffentlichen Dienst einzunehmen, so etwa im Jugendamt oder im Sozialamt, droht die Erosion staatlicher Kontrollfunktionen.

Die Variante *Diskriminierende Sprache* zeigt Überschneidungen zur Präsenz extrem rechter Personen in der Sozialen Arbeit. Diskriminierende Sprache gegenüber Adressat*innen begegnet den Fachkräften in unterschiedlichen Formen, informell und im Vertrauen oder als vermeintlich harmlose Witze:

„Also wenn man so Witze macht gegen/ oder Behindertenwitze, rassistische Witze so. So zum Beispiel: Ich habe nichts gegen [rassistische Bezeichnung], jeder sollte einen haben oder so, ne? Also solche Dinge, die werden einfach toleriert. Und eine Reaktion dagegen, also wo ich dann ganz klar sage: Ey, sowas will ich hier nicht hören, ne? So einen rassistischen Scheiß oder so. Ja, war doch nur Spaß. War doch nur Humor. Also ne? Also so Verharmlosung [...]“ (B 615–621)

Diese Formen der Diskriminierung werden häufig geduldet oder verharmlost, wenn diskriminierende Fachkräfte mit ihrem Handeln konfrontiert werden. Betroffen sind ebenfalls Fachkräfte mit Migrationsgeschichte, die bei der Arbeit direkten und indirekten Diskriminierungen ausgesetzt sind. Nicht jede Person, die diskriminierende Sprache nutzt, ist jedoch der extrem rechten Szene zuzuordnen – gleichwohl wird eine thematische Positionierung deutlich, die sich aus extrem rechten Logiken konstituiert. Viele Fachkräfte beobachten in den letzten Jahren eine Verschiebung des Sagbaren. Sie wird sichtbar in der Reproduktion von Stereotypen und Vorurteilen, in der sprachlichen Ausgrenzung verschiedener Adressat*innengruppen und in ihrer Steigerung bei der Verwendung von Hassrede.

Extrem rechte Diskurse umfassen Denkweisen und Argumentationsfiguren, die extrem rechte Argumentationen aufgreifen. Zu den Beispielen zählen ethnopluralistische, kultur-rassistische oder neosoziale Argumentationen und häufig sind es Adressat*innen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, die Othring-Prozessen ausgesetzt werden, die sich besonders anschlussfähig an neurechte Diskurse zeigen:

„Also wir haben quasi drei afghanische Kids aufgenommen vor einer Woche, die sie in irgend so einem LKW gefunden haben. Und also dass die Kollegen sagen, ja, okay. Also die kriegen ja auch alles [...] Und das wird nicht diskriminierend mitgeteilt, im Sinne, na, also wie können die bloß? Ne? Sondern eher so, naja, die haben sich so den besten Sozialstaat ausgesucht“ (Q 607–706).

Die Befunde zeigen, dass die Strategie der extremen Rechten, die auf der Erlangung kultureller Hegemonie durch Diskursverschiebungen zielt, bereits erfolgreich innerhalb der Sozialen Arbeit greift. Extrem rechte Einflussnahmen werden schließlich dort sichtbar, wo es zum *Ausschluss* von Adressat*innen aus Angeboten der Sozialen Arbeit kommt bzw. Angebote so verändert werden, dass sie nicht den geltenden fachlichen Standards entsprechen. Zudem lassen sich diese Formen sowohl in der alltäglichen Arbeit mit Adressat*innen als auch in der konzeptionellen Arbeit oder in den Verwaltungsstrukturen innerhalb der Sozialen Arbeit erkennen. Beispiele hierfür finden sich in der Migrationsberatung oder den Bereichen Kindertagespflege und Hort. Im Material finden sich offene und direktere Formen von Ausschlüssen – bspw. im geäußerten Wunsch einer Fachkraft, mit einer Familie, für die eine Sprachmittlung hinzugezogen werden muss, nicht zusammenzuarbeiten (C 382), oder durch den versuchten Ausschluss von Kindern mit Migrations- und Fluchtgeschichte bei der Kita- und Hortplatzvergabe durch Mitarbeiter*innen, die damit argumentieren, dass genug „Deutsche“ auf Plätze warten (S 593–597). Die Variante *Unterlassen und Dulden* stellt häufig eine Bedingung dafür dar, dass extrem rechte Akteure in ihren Tätigkeitsfeldern Einfluss nehmen können. Eine Kultur des Wegschauens oder das Unvermögen von Fachkräften, rechte Symbole und Ideologien einordnen zu können, gibt extrem rechten Akteuren die Möglichkeit, in der Sozialen Arbeit Einfluss zu nehmen bzw. Einflussnahmen zu verstetigen.

2.4 Fazit: Extrem rechte Einflussnahmen in der Sozialen Arbeit – der Umgang mit einer bedrohlichen Normalität

Insgesamt zeigt das empirische Material eine hohe Dichte und Intensität von Einflussnahmen der extremen Rechten in der Sozialen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Fachkräfte der Sozialen Arbeit nehmen extrem rechte Aktivitäten und Einflussnahmen in allen Regionen und feldübergreifend wahr, sowohl im Alltag als auch in den professionellen Angeboten. Der Umgang mit den autoritären und menschenfeindlichen Praktiken stellt für die Fachkräfte deswegen eine bedrohliche Normalität dar. Die Einflussnahmen zeigen außerdem, dass die Soziale Arbeit für die extreme Rechte ein attraktives Feld im vorpolitischen Raum darstellt: Debatten um soziale Dienste werden genutzt, um rechtspopulistische Narrative, autoritäre Gesellschaftsbilder und die Idee exklusiver Solidarität zu bewerben. Die Aneignung und Umdeutung gesellschaftlich anschlussfähiger Themen mit dem letztendlichen Ziel, Menschen für extrem rechte Ideen, Argumente und Lebensweisen zu gewinnen, sind hier als Landnahmeversuche innerhalb der Sozialen Arbeit zu verstehen. Die darin angelegten Versprechen von Verständnis für soziale Problemlagen und Handlungsfähigkeit sind, so Andresen (2018: 785), in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen. In Abgrenzung dazu sind die strategischen Bemühungen der extremen Rechten, ländliche Räume in MV zu besiedeln, sehr gut dokumentiert (bspw. Röpke/Speit 2019). Beide Ebenen, die Einflussnahmen bzw. der Versuch, konkrete Angebote zu etablieren, als auch die räumliche Landnahme können für das Bundesland festgestellt werden, vermischen sich in manchen Regionen und sind z. T. weit fortgeschritten.

Alarmierend sind die konkreten Bedrohungen und die Gewalt, denen einzelne Fachkräfte und Einrichtungen ausgesetzt sind – insbesondere, wenn sie sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, z. B. in der Arbeit mit Menschen mit Migrationsgeschichte oder in der politischen Bildung. Und sie sind besonders besorgniserregend für bestimmte Adressat*innen

Sozialer Arbeit. Sie sind gleich mehrfach gefährdet: Die Angriffe von außen auf etablierte Einrichtungen (Brandanschläge, Belagerungen, rassistische Botschaften) führen dazu, dass Einrichtungen der Sozialen Arbeit nicht mehr notwendigerweise einen Safer Space darstellen. Gleichzeitig verkleinert der Rückzug Sozialer Arbeit aus bestimmten Regionen oder bestimmten Diskursen die Unterstützungsstrukturen für Adressat*innen und ihre Zugänge zu Ressourcen. Schließlich können Adressat*innen auch innerhalb der Sozialen Arbeit rassistischen und diskriminierenden Praktiken und konkreten Ausschlüssen ausgesetzt sein.

Als Konsequenz sind bereits Rückzüge der Sozialen Arbeit zu beobachten: Angesichts fehlender institutioneller Antworten und schwacher Strukturen sehen sich die Betroffenen im Umgang mit den Gefährdungen gezwungen bzw. dazu veranlasst, eigene Aktivitäten anzupassen, einzuschränken oder anderswo fortzusetzen. Und wo es extrem rechten Akteuren gelingt, Schlüsselpositionen im öffentlichen Dienst einzunehmen (bspw. im ASD; Genehmigungsverfahren für Kindertagespflege), droht die Erosion staatlicher Kontrollfunktionen.

Gerade dort, wo es an abgesicherten und institutionell verankerten Strukturen der Sozialen Arbeit mangelt, entstehen Einfallstore für extrem rechte Akteure. Zum einen wird in diesen Regionen die Suche nach Anlaufstellen, Verbündeten und Safer Spaces deutlich erschwert – sowohl für Einrichtungen der Sozialen Arbeit als auch für Adressat*innen, die noch dazu häufig zu den besonders vulnerablen Gruppen gehören. Zum anderen macht es das Fehlen solcher Infrastrukturen extrem rechten Akteuren deutlich leichter, Landnahmen durch eigene Angebote oder Agenda-Setting voranzutreiben.

Auch wenn hier exemplarisch rechte Einflussnahmen in MV erkundet werden, bilden die Erkenntnisse – insbesondere in der Zusammenschau mit der NRW-Studie (Gille/Jagusch 2019) – ein gesamtdeutsches Phänomen ab: Soziale Arbeit wird von der extremen Rechten systematisch angegriffen und für Diskursverschiebungen nach rechts genutzt. Die Land- und Einflussnahmen können insbesondere da eine besondere Dynamik entwickeln, wo geringe professionelle soziale Infrastruktur vorhanden ist und wo wir davon ausgehen können, dass sich extrem rechte Szenen mit ihren Akteuren verfestigt haben.

3 Ausblick: Rechtsextremismus – Empirische Zugänge der Sozialen Arbeit

Die vorliegende Studie liefert empirische Vergewisserung hinsichtlich Vorkommen und Systematik extrem rechter Einflussnahmen in der Sozialen Arbeit, die in der Vergangenheit vielfach eingefordert wurden (z.B. Radvan/Schäuble 2019: 225). Die Dichte der Präsenz extrem rechter Symbole, Veranstaltungen und Akteure sowie die bereits stattgefundenen Diskursverschiebungen in MV zeigen, wie weit Land- und Einflussnahmen in diesen Räumen fortschreiten können und wie sie den Alltag der dort lebenden Menschen prägen. MV steht hier stellvertretend für die ländlich geprägten Räume Deutschlands, in denen die extreme Rechte Einfluss gewinnt und Strategien entwickelt, die sie bundesweit umsetzen und ausbauen kann. Wird die Soziale Arbeit als vopolitischer Raum begriffen, dann wird sie zum Ausgangspunkt für die Analyse der Kontinuität und des Wandels extrem rechter Diskurse und Aktivitäten, mitsamt ihren Akteuren, Strategien und Netzwerken.

Die Untersuchung bewegt sich an der Schnittstelle von Rechtsextremismusforschung und Professionsforschung der Sozialen Arbeit. In der Analyse und der Systematisierung extrem rechter Einflussnahmen zeigt sie die Strategien und Einfallstore für die extreme Rechte in Räumen, deren (soziale) Infrastruktur im Kontext demografischen Wandels in den letzten Jahrzehnten immer weiter abgebaut wurde. Dieser Abbau wirkt sich nachteilig auf partizipative Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsprozesse breiter Bevölkerungsschichten aus. Vor dem Hintergrund eines mehrdimensionalen Demokratieverständnisses, das Demokratie neben der Herrschaftsform auch als Projekt fasst, das durch bürgerschaftliches Engagement und inklusive institutionelle Praktiken im Sinne einer Gesellschafts- und Lebensform hervorgebracht wird (vgl. Himmelmann 2001), zeigen die Befunde ein besorgniserregendes Gesamtbild. Professionelle Soziale Arbeit, die darauf ausgerichtet ist, „durch Partizipation ein solidarisches Miteinander zu kultivieren, um die Anliegen marginalisierter Bevölkerungsgruppen sichtbar und hörbar werden zu lassen sowie Ausgrenzung und Entmenslichungsmechanismen aufzuzeigen“ (Köttig/Röh 2019: 13), kann im Panorama der bedrohlichen Normalität extrem rechter Einflussnahmen ihr genuines Anliegen nicht umfassend einlösen.

Für die professionelle Bearbeitung der Einflussnahmen liefert die Studie verschiedene Anknüpfungspunkte: Die empirischen Befunde gilt es aufzugreifen, um Handlungsleitlinien und Konzeptentwicklungen im Sinne einer Gegenpositionierung von Profession und Disziplin auszuarbeiten. Andererseits gilt es, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die demokratiegefährdenden Phänomene rahmen, als einen Status quo zu verstehen, den es mit politischen Mitteln zu überwinden gilt. Schließlich begründen die Erkenntnisse der Studie die Dringlichkeit eines Rekurses auf die politischen Dimensionen Sozialer Arbeit, bspw. angelegt im Menschenrechtsansatz (vgl. Eberlei/Neuhoff/Riekenbrauk 2018: 205 f.). Somit rücken die systematischen Erkenntnisse zu den Einflussnahmen auch die Curriculaentwicklung an Hochschulen in den Fokus: Das Wissen um Kontexte, Formen und Strategien im Umgang mit der extremen Rechten werden hier einen größeren Raum einnehmen müssen, um einer Sozialen Arbeit als Arbeit an der Demokratie, der Partizipation und den Menschenrechten gerecht zu werden.

Literatur

- Andresen, Sabine (2018). Rechtspopulistische Narrative über Kindheit, Familie und Erziehung. Zwischenergebnisse einer 'wilden' Recherche. *Zeitschrift für Pädagogik*, 64(6), S. 768–787. <https://doi.org/10.25656/01:22173>
- Besche, Julia (2022). Studierende der Sozialen Arbeit im Kontext recht(sextrem)er Strömungen. In Christoph Gille; Birgit Jagusch & Yasmine Chehata (Hrsg.), *Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen, Arbeitsfelder, Handlungsmöglichkeiten* (S. 145–156). Weinheim, Basel: Beltz Juventa. <https://doi.org/10.5771/0490-1606-2020-4-138>.
- Eberlei, Walter; Neuhoff, Katja & Riekenbrauk, Klaus (2018). *Menschenrechte – Kompass für die Soziale Arbeit*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Gille, Christoph & Jagusch, Birgit (2019). *Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit. Exemplarische Analysen. FGW Studie Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 03*. Düsseldorf. Zugriff am 8. Januar 2022 unter www.fgw-nrw.de/studien/rechtspopulismus03.html. <https://doi.org/10.5771/0490-1606-2020-4-138>

- Gille, Christoph; Jagusch, Birgit; Krüger, Christine & Wéber, Júlia (2022). Kontinuierliche Präsenz, systematische Angriffe, alltägliche Verschiebungen – Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit in Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern. In Christoph Gille; Birgit Jagusch & Yasmine Chehata (Hrsg.), *Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit* (S. 121–144). Weinheim, Basel: Beltz Juventa. <https://doi.org/10.5771/0490-1606-2020-4-138>
- Gille, Christoph; Krüger, Christine & Wéber, Júlia (i. E.). *Einflussnahmen der extremen Rechten. Herausforderung für die Soziale Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Gläser, Jochen & Laudel, Grit (2006). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91538-8_4
- Grigori, Eva & Trebing, Jerome (2019). Jugend an die Macht. Zugriffe neurechter Bewegungen auf die Jugendarbeit am Beispiel der Gruppen „Identitäre Bewegung“ und „Kontrakultur“. In Lukas Boehnke; Malte Thran & Jacob Wunderwald (Hrsg.): *Rechtspopulismus im Fokus* (S. 135–156). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-24299-2_8
- Hafenegger, Benno; Jestädt, Hannah; Schwerthelm, Moritz; Schuhmacher, Nils & Zimmermann, Gillian (2021). *Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will*. Frankfurt a. M.: Wochenschau.
- Himmelmann, Gerhard (2001). *Demokratie lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch*. Schwalbach/Taunus: Wochenschau.
- Klüter, Helmut (2018). *Folgen der Kreisgebietsreform und Entwicklungschancen für das östliche Mecklenburg-Vorpommern*. Folien des Vortrags an der Universität Greifswald, Institut für Geographie und Geologie. Zugriff am 8. Januar 2021 unter www.researchgate.net/publication/334051208_Folgen_der_Kreisgebietsreform_und_Entwicklungschancen_fur_das_ostliche_Mecklenburg-Vorpommern.
- Köttig, Michaela & Röh, Dieter (2019). Demokratie und Soziale Arbeit – ein herausforderndes Wechselverhältnis. In Michaela Köttig & Dieter Röh (Hrsg.), *Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation* (S. 11–20). Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.
- Kunstreich, Timm (2019): Für eine Heimkampagne 3.0! *Sozial Extra*, 43, S. 287–289.
- Landesregierung MV (Hrsg.). (2016). 5. Bevölkerungsprognose Mecklenburg-Vorpommern bis 2040 Landesprognose. Zugriff am 4. Februar 2022 unter www.regierung-mv.de/static/Regierungsportal/Ministerium%20f%C3%BCr%20Energie%2c%20Infrastruktur%20und%20Digitalisierung/Dateien/Downloads/Bev%C3%B6lkerungsprognose-Landesprognose.pdf.
- Lehnert, Esther & Radvan, Heike (2016). *Rechtsextreme Frauen. Analysen und Handlungsempfehlungen für die Soziale Arbeit und die Pädagogik*. Opladen: Barbara Budrich. <https://doi.org/10.2307/j.ctvddzdv>
- Lübbert, Anke (2021). Zentralisierung. Die Kreisgebietsreform verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz. *Katapult*, 31.08.2021. Zugriff am 8. Januar 2021 unter <https://katapult-mv.de/artikel/kreisgebietsreform-interview>.
- Mayring, Philipp (2016). *Einführung in die qualitative Sozialforschung*. Weinheim, Basel: Beltz.
- MIE – Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2020). *Verfassungsschutzbericht 2019*. Zugriff am 4. Januar 2022 unter <https://www.verfassungsschutz-mv.de/publikationen/>.
- Radvan, Heike & Schäuble, Barbara (2019). Rechtsextrem orientierte und organisierte Studierende – Umgangsweisen in Hochschulen Sozialer Arbeit. In Michaela Köttig & Dieter Röh (Hrsg.), *Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation* (S. 216–227). Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.

- Röpke, Andrea & Speit, Andreas (2019). Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. Sonderauflage für die Landeszentralen für politische Bildung, Berlin.
- Rösel, Felix & Sonnenburg, Julia (2016). Politisch abgehängt? Kreisgebietsreform und AfD-Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern. ifo Dresden berichtet, 23(6), S. 6–13.
- Schellhöh, Jennifer (2018). Abgrenzungen an allen Fronten. Die Neue Rechte und ihre ethnopluralistische Erzählung. In Jennifer Schellhöh; Jo Reichertz; Volker M. Heins & Armin Flender (Hrsg.), *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror* (S. 15–20). Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839441190-002>
- Schuhmacher, Nils; Scherthelm, Moritz & Zimmermann, Gillian (2021). Stay with the trouble. Politische Interventionen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Berlin: BAG OKJE. Zugriff am 8. Januar 2021 unter www.offene-jugendarbeit.net/pdf/Studie_Stay_with_the_Trouble_web.pdf. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18921-5_82
- Scherr, Albert & Bitzan, Renate (2007). Rechtsextreme Studierende und JugendarbeiterInnen – Phantom oder Tabu? *Sozial Extra*, 1&2, S. 8–10. <https://doi.org/10.1007/s12054-007-0003-7>
- Schütz, Alfred & Luckmann, Thomas (1975/2003). *Strukturen der Lebenswelt*. Konstanz: UVK.
- StatA MV – Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.). (2021). *Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2021*. Zugriff am 8. Januar 2021 unter www.laiv-mv.de/Statistik/Ver%C3%B6ffentlichungen/Jahrbuecher/. https://doi.org/10.30844/geoforum_2019
- Trepsdorf, Daniel K. W. (2017). Mecklenburg-Vorpommern 2017. Kontinuitäten und neue exemplarische Entwicklung. Zugriff am 8. März 2021 unter <https://www.belltower.news/mecklenburg-vorpommern-2017-kontinuitaeten-und-neue-exemplarische-entwicklung-46398/>.
- Virchow, Fabian (2018). Die extreme und populistische Rechte in Deutschland nach 1945. Empirische Befunde und theoretisch-begriffliche Zugänge. In Mechthild Gomolla; Ellen Kollender & Marlene Menk (Hrsg.), *Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen* (S. 28–43). Weinheim, Basel: Beltz Juventa. https://doi.org/10.3726/jp012018k_287
- Zorn, Daniel-Pascal (2018). Ethnopluralismus als strategische Option. In Jennifer Schellhöh; Jo Reichertz; Volker M. Heins & Armin Flender (Hrsg.), *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror* (S. 21–34). Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839441190-003>